

Buochser verschönert Beirut

Nidwalden Der Graffiti-Künstler Adrian Gander hat mit seinen Werken auf Beirut-Wänden viel Freude in der libanesischen Hauptstadt ausgelöst. Spass und düstere Erfahrungen liegen bei seiner Arbeit nah beieinander.

Franziska Herger
franziska.herger@nidwaldnerzeitung.ch

Adrian Ganders Malereien zieren Wände in der ganzen Welt. Neben klingenden Namen wie Paris, Rio de Janeiro, Berlin und Barcelona findet sich auch die libanesischen Hauptstadt Beirut im Portfolio des Buochsers. Auf den ersten Blick kein naheliegender Schaffensort für einen Graffiti-Künstler – doch Gander hat bisher insgesamt sechs Monate im Libanon verbracht, Schulen verschönert und Workshops geleitet. Vor kurzem kam er von seiner neuesten Reise aus dem kleinen Mittelmeerland zurück.

«Alles fing mit dem libanesischen Mann meiner ehemaligen Französischlehrerin am Kollegi Stans an», erklärt der 26-Jährige. Nabih Yammine hatte 1988 in Stans den Verein Solidarité Liban-Suisse (SLS) gegründet, um seinem kriegsversehrten Heimatland zu helfen. 2014 fragte er Gander an, ob er nicht mit seinen Malereien etwas Farbe in den Libanon bringen wolle. Gander, der gerade sein Grafikdesign-Studium in Luzern abgeschlossen hatte, sagte ohne Zögern zu. Es folgte ein viermonatiges Projekt namens Art & Paix (Kunst und Frieden) in einem libanesischen Bergdorf, wo er Schulkindern die Spraydosen-Kunst näherbrachte. «Für mich war alles spannend und neu», erinnert sich Gander. «Ich empfand die Erfahrung als wahnsinnig positiv.»

Bei seiner Rückkehr im Mai und Oktober vergangenen Jahres schlichen sich aber auch einige



Adrian Gander und eines seiner Werke in Beirut.



Bild: Diane Deschenaux (rechts), PD (links)

düstere Eindrücke ein. «In Beirut spürte man die Spannung im Land. Die politische und wirtschaftliche Lage ist schwierig, und die Schere zwischen arm und reich weit.» Gander malte auch im berühmt-berüchtigten Flüchtlingslager Al Shatila – «ein dunkler, unsicherer Ort. Diese Eindrücke schlagen sich in meiner Kunst nieder.» Statt seiner üblicherweise bunten Malereien sind viele

der Beirut Werke grafisch und in Schwarz gehalten.

Immer auf der Suche nach leeren Wänden

Trotzdem blitzt immer wieder Farbe auf, weil Adrian Gander auch viel Spass hatte in Beirut. Zusammen mit libanesischen Graffiti-Künstlern zog er durch die Stadt auf der Suche nach leeren Wänden. «Oft wussten wir

morgens noch gar nicht, wo wir malen würden. Dass man nur den Hausbesitzer um Erlaubnis fragen muss, ist für mich als Schweizer ja nicht selbstverständlich.» Die Beirut hütten die Künstler-Truppe sehr positiv aufgenommen, sagt Gander. «Die Leute wollten uns immer gleich zum Essen einladen. Und die Kinder hatten wahnsinnig Freude. Oft drückte ich ihnen

eine Spraydose in die Hand und liess sie mitmachen.»

Werke sind auch in Nidwalden zu sehen

Ob er mit seiner Kunst zum Frieden beitrage, wisse er nicht, meint der Buochser. «Vielen Leuten fallen meine Malereien wohl gar nicht auf. Aber genauso viele werden hoffentlich inspiriert und finden etwas Motivation und

Kreativität.» Aus seiner ehrenamtlichen Arbeit im Libanon ist das Buch «Color for/(from) Lebanon» entstanden. In der Schweiz verdient der Künstler in seinem Beckenrieder Atelier Geld mit dem Gestalten von Plakaten, Logos und Websites sowie mit Auftragsarbeiten. Seine Werke sind etwa bei der Schiffstation Ennetbürgen oder in der Unterführung beim Länderpark zu sehen. Ihm sei bewusst, dass seine Spraymalerei nicht jedem gefalle, sagt Gander. «Auch deswegen ist mein Pseudonym «Anoy», abgeleitet vom englischen «annoy», was so viel heisst wie «nerven», da es viele Leute recht nervig finden, ein Graffiti zu sehen», meint er lachend. An illegalen Graffiti sei er aber nicht interessiert. «Das versaut unseren Ruf. Obwohl ich zugeben muss, selber so angefangen zu haben.» In seiner Stanser Schulzeit habe es noch keine «legalen Wände» gegeben. «Aber ich schaute immer, dass ich etwas Schönes machte, und nie auf Privateigentum.»

Zehn Jahre später kann sich Adrian Gander vor Projekten und Ideen kaum retten. Er plant ein weiteres Buch, will in Paris an der Universität sprayen, und wieder mindestens einen Monat in den Libanon. Ihn zieht es in die Welt hinaus. «Andere Länder anmalen», nennt der Künstler das.

Hinweis

Weitere Infos unter www.anoy.ch. «Color for/(from) Lebanon» ist für 35 Franken über www.kaktus.net erhältlich.

Um so viel fällt die Rechnung höher aus

Obwalden Die Regierung plant ab 2019 unter anderem eine Steuererhöhung, um den Finanzhaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Was bedeutet das für die Einzelnen?

Markus von Rotz
markus.vonrotz@obwaldnerzeitung.ch

20 Millionen Franken oder rund 10 Prozent höhere Steuern erwartet der Kanton ab 2019. Die Steuerrechnung wird künftig für natürliche Personen aber im Schnitt 15 Prozent höher ausfallen (siehe Tabelle), weil sich durch Tarifierungsanpassungen und dank dem 60-Prozent-Anteil an den Steuergeldern auch die Einnahmen der Gemeinden erhöhen. Der Regierungsrat hofft, dass die eine oder andere im Gegenzug die Steuern senkt.

«Wir hätten auch nur eine allgemeine Steuererhöhung vorschlagen können», sagte Finanzdirektorin Maya Büchi am Montag bei der Präsentation der Details zum Spar- und Steuerpaket (Ausgabe von gestern). «Wir wollen aber eine Basis, für die wir eine Mehrheit finden und die erträglich ist», begründete sie das Zusammenspiel von Einsparungen und Mehreinnahmen. «Die Steuerbelastung wird immer

noch massiv kleiner sein als vor 2006», ergänzte Niklaus Bleiker, Leiter der Steuerungsgruppe.

Weiterhin Spitzenplätze

Es sei besser, auf einmal ein Paket vorzulegen, statt jedes Jahr in kleinen Schritten über Steuererhöhungen reden zu müssen. «Auch die Wirtschaftskreise begrüssen diesen einen Effort», sagte Bleiker. Für Firmen soll die Gewinnsteuer von 6 auf 6,3 Prozent steigen, zudem werden neu 1000 statt wie bisher 500 Franken Minimalsteuer erhoben. Bei den Firmensteuern liege man immer noch in den Top 4 der Kantone, so Bleiker. Auch bei der Einkommens- und Vermögenssteuer nehme der Kanton weiterhin einen Spitzenplatz ein, bei den Vermögenssteuern gar vor Zug und Schwyz. Letztere soll von 0,2 auf 0,21 Promille erhöht werden. Der kantonale Steuerfuss steigt von 2,95 auf 3,45 Einheiten.

Ferner will der Kanton die Abzüge für Berufsauslagen jenen

Entwicklung der Steuerbelastung in Obwalden

Zahlen in Franken, Basis Gemeinde Kerns

	Vor Steuer-Strategie	2006	2012	2015	Ab 2019
Verheiratet, Reineinkommen 100 000 Franken, Vermögen 500 000, 2 Kinder, katholisch	15 991	14 355	10 839	10 969	12 461
Verheiratet, Reineinkommen 70 000 Franken, Vermögen 250 000, 2 Kinder, katholisch	8 760	7 852	5 481	5 543	6 533
Verheiratet, Reineinkommen 50 000 Franken, kein Vermögen, 2 Kinder, katholisch	3 903	3 560	1 887	1 910	2 408
Ledig, Reineinkommen 50 000, kein Vermögen, 2 Kinder, katholisch	7 563	6 947	5 990	6 062	6 744

Quelle: Finanzdirektion Obwalden

der Bundessteuer anpassen, den Fahrkostenabzug auf 8000 Franken senken und die Grundstücksgewinnsteuer von 1,8 auf 2 Prozent erhöhen. Schliesslich sollen

Sozialabzüge vorab bei oberen und höheren Einkommen vereinfacht und teils reduziert werden. Das alles soll 20 Millionen Franken mehr in die Staatskasse spü-

len. Allein die Steuererhöhung für natürliche Personen bringt dem Kanton 11,4 Millionen ein, 1,2 Millionen die Anpassung der Berufsauslagen, 4,3 Millionen die

Änderungen bei Sozialabzügen. Im Vergleich dazu bringen die höheren Unternehmenssteuern nur gerade 450 000 Franken.

Angst vor Kirchengaustritten

Die Regierung wollte ursprünglich die Einnahmen aus Firmensteuern nurmehr zwischen Gemeinden und Kanton aufteilen. Dagegen wehrten sich die Kirchengemeinden. Der Kirchengemeinde Sarnen, die grossmehrheitlich den Finanzausgleich speist, hätte eine sechsstellige Summe gefehlt. Zudem sei bei Steuererhöhungen «damit zu rechnen, dass natürliche Personen aus der Kirche austreten». Neu ist darum folgender Verteiler vorgesehen: je 48 Prozent der Erträge von juristischen Personen für Kanton und Gemeinden und 4 Prozent für die Kirchengemeinden. Diese betonen, dass der Wegfall der Kirchensteuern für Firmen ein Novum in der Schweiz wäre und Volksentscheiden in verschiedenen Kantonen zuwiderliefe.